

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 07 / 2014

www.spd-nuernberg.de

Parteilieben

**Arbeitsgemeinschaft
„Migration und Vielfalt“**
Gründung und Vorstandswahl

Seite 7

Interview

**Ellenbogen und Einzelkampf in der Schule:
„Wir müssen dagegenhalten.“**

G. Helgert (Gemeinschaft Freie Schulen) im dsp-Gespräch

Seiten 4 bis 5

Vorwort



Liebe Leserinnen
und Leser,

in den letzten Wochen wurden wichtige Weichen in der Bundespolitik gestellt. Mit der Verabschiedung des Rentenpaktes haben SPD und Unionsparteien einen wichtigen Punkt ihres Koalitionsvertrages in die Tat umgesetzt. Wir haben eine Gerechtigkeitslücke in unserem Rentensystem geschlossen. Mit der Mütterrente wird die Lebensleistung von Millionen Frauen nun auch finanziell gewürdigt. Mit der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren wiederum reichen wir denjenigen die Hand, die ihr Leben lang hart gearbeitet und über lange Zeit in die Rentenkassen eingezahlt haben. Das Rentenpaket ist nicht geschenkt, die Menschen haben es sich verdient.

Es ist schön, zu sehen, dass eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger – über alle Altersgruppen und beruflichen Hintergründe hinweg – bei diesem Thema mit uns einer Meinung sind. Dabei ist es wichtig, den fairen Ausgleich zwischen den Generationen nicht aus den Augen zu verlieren. Auch das ist eine elementare Frage von Gerechtigkeit. Mit dem gesetzlichen Mindestlohn gehen wir effektiv gegen Erwerbsarmut und damit auch gegen drohende Altersarmut vor. Das sind gute Ergebnisse. Das sind Ergebnisse, für die die SPD gekämpft hat. Genau deshalb sage ich: es ist gut, dass wir regieren.

Herzliche Grüße
Euer

Christian Vogel

Wie es mit Europa weitergehen muss!

inkl.
4-seitiger Beilage
DEPESCHE
der Stadtrats-
fraktion

Karikatur: Burkhard Mohr



■ „Wie kein zweiter hat Martin Schulz Menschen von Europa begeistert und für Europa zusammengeführt. Nichts braucht unser Kontinent mehr“, sagte unser Vorsitzende Sigmar Gabriel. Angesichts des massiven Zugewinns von Rechts- und Linkspopulisten stehe für die SPD aber nun eine Reform Europas im Mittelpunkt.

„Ein besseres Europa“ heißt für die SPD: **1.** Die gigantisch gewachsene Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu bekämpfen und den Abbau zu hoher Staatsschulden mit Investitionen in Wachstum und Beschäftigung zu verbinden. | **2.** Für ein faires Steuersystem in Europa zu sorgen und vor allem das europäische Steuerdumping zu bekämpfen. | **3.** Finanzmärkte und

Banken zu regulieren und Finanzmärkte endlich zu besteuern, damit dort ein Beitrag zum Abbau der durch die Finanzmärkte verursachten Staatsverschuldung in Europa geleistet wird. | **3.** Den Binnenmarkt in Europa zu einer sozialen Marktwirtschaft zu entwickeln, in dem das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ gilt. | **4.** Den europäischen Emissionshandel wieder zu einem wirksamen Instrument des Klimaschutzes zu machen und den Energiebinnenmarkt in Europa zu verwirklichen. | **5.** Die Wettbewerbsfähigkeit Europas durch eine nachhaltige Strategie der Reindustrialisierung zu fördern und im Zeitalter digitaler Ökonomie nicht in Abhängigkeit weniger großer Datenkonzerne zu geraten. (weiter auf Seite 2)

(Fortsetzung von S.1)

| 7. Die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte auch im digitalen Zeitalter zu garantieren. | 8. Den Verhandlungsprozess für ein Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) neu zu starten, für Transparenz und Beteiligung der eu-

ropäischen Zivilgesellschaft zu sorgen und die hohen europäischen Standards in der Kultur, im Umwelt- und Verbraucherschutz und der Daseinsvorsorge ebenso zu sichern wie die Souveränität der parlamentarischen Demokratie gegenüber Investoreninteressen. | 9. Eine

neue europäische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik zu entwickeln. | 10. Eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln und Europa als gemeinsam handelnde Friedensmacht zu stärken. ■

Nürnberg wird immer beliebter bei den Touristen

Im Jahr 2013 erstmals mehr als 1,5 Millionen Gäste in Nürnberg

VON CHRISTIAN VOGEL

■ Erstmals reisten 2013 mehr als 1,5 Millionen Gäste nach Nürnberg, was einer Steigerung von 2,6 % entspricht. Etwas mehr als zwei Drittel davon kamen aus Deutschland (1.055.764 Personen). Das Ausland legte bei den Gästeankünften sogar um 5,6 % zu.

Insgesamt 2.666.932 Übernachtungen in 2013 stehen in den Büchern der Nürnberger Hotels und Pensionen und führten zu einem Plus von 0,8 %, was so nicht zu erwarten war, so die Nürnberger Tourismus-Chefin Yvonne Coulin, denn die Ausstellung „Der frühe Dürer“ und der turnusgemäß prall gefüllte Messekalendar der 2012 hatten für ein überproportionales Wachstum gesorgt. Umso erfreulicher, dass die inländischen Übernachtungen mit 1,82 Millionen um 0,5 Prozentpunkte angewachsen sind. Die internationalen Übernachtungen stiegen sogar um 1,3 % auf über 847.262. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer konnte das Vorjahresniveau von 1,8 Nächten halten.

Mit 261.411 Übernachtungen war der Dezember der übernachtungsstärkste Monat 2013. Auch bei der Bettenauslastung liegt die Zeit rund um den Christkindlesmarkt mit 54,5 % mit Abstand an der Spitze.

„Die Spitzenergebnisse bei den Übernachtungen zeigen sehr deutlich“, so das Fazit von Verkehrsdirektorin Yvonne

Coulin, „dass Nürnberg bei Individualreisenden immer beliebter wird. Das Kulturangebot wird angenommen, und der Nürnberger Christkindlesmarkt steht



Bild: Norbert Staudt / pixelio.de

auch international als Synonym für die deutsche Vorweihnachtszeit.

Nürnberg hat viel zu bieten an Events & Konzerten

Das Bardentreffen, die beiden Klassik-Open-Air-Konzerte und die Internationale Orgelwoche ION sind europaweit konkurrenzlose Musik-Events, die zusammen mit dem Internationalen Kammermusikfestival, mit Rock im Park, den Internationalen Gluck-Opern-Festspielen, dem legendären Jazzstudio und den über 100 Konzerten der Nürnberger Symphoniker – darunter die Serenadenhofkonzerte unter freiem Himmel – Nürnberg zur Musikstadt machen.

Entdecker und Genießer freuen sich besonders auf die Blaue Nacht, die Stadt(ver)führungen und das Nürnberger Altstadtfest, die Freunde des Motorsports vor allem auf das DTM-Highlight am Norisring. Aber auch Rock im Park ist zwischenzeitlich ein jährlicher Höhepunkt im Veranstaltungskalender. Und auch der Tiergarten am Schmausenbuck, der in diesem Jahr seinen 75. Geburtstag feiern kann, ist und bleibt für große und kleine Gäste ein Anziehungspunkt.

Bummeln, Einkaufen, Genießen

Bei einem Bummel durch die Nürnberger Altstadt lassen sich Shopping und Sightseeing optimal miteinander verbinden. Museen, Kirchen und romantisch verwinkelte Gassen mit vielen Sehenswürdigkeiten liegen nur wenige Schritte von den Einkaufsstraßen, den gläsernen Ladenpassagen, dem Handwerkerhof oder den kleinen feinen Spezialgeschäften entfernt. Nicht zuletzt deshalb ist

auch in den aktuellen Befragungen z. B. die Kaiserstraße eine der erfolgreichsten Einkaufsmeilen in ganz Deutschland.

Nürnberg ist beliebt bei alt und jung, so könnte das Fazit lauten. Aber wie heißt es so schön? Stillstand ist Rückschritt –

genau deshalb gilt es auch in Zukunft an dem Ziel festzuhalten, Nürnberg als Tourismusmetropole zu stärken und auszubauen. Das Ziel von 4. Millionen Übernachtungen im Jahr wurde oftmals belächelt, jetzt können wir sagen, dass wir dem Ziel Jahr für Jahr ein ganzes Stück

näherkommen. Der Erfolg kommt nicht von alleine, gemeinsam ist noch vieles möglich. Deshalb gilt: packen wir es gemeinsam an – Nürnberg hat Atmosphäre und Flair, das gilt es zu stärken! ■

Gegenstandspunkte/Leserbriefe

Zwei Leserbriefe zum Artikel von Dr. Manfred Scholz, dsp 06/2014, S.12, Für ein Europa des Friedens – Das Erbe von Willy Brandt nicht verspielen

Der Artikel von Manfred Scholz zur Situation in der Ukraine und zum Verhalten des Westens gegenüber Russland ist unter der Rubrik „Politikromantik“ einzuordnen. Sein Argument vom „Mainstream“ der kritischen öffentlichen und veröffentlichten Meinung gegenüber Putin blendet die Wirklichkeit aus. Daran ändern tatsächliche und angebliche Fehler des Westens nichts. Angesichts der Ergebnisse und Vereinbarungen der KSZE, später der OSZE, ist die Vereinnahmung der Krim völkerrechtswidrig. Damit sind auch Argumente des „Respekts von Einflussphären“ überholt. Dies galt vielleicht bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts. Die Abstimmung auf der Krim bleibt eine Farce.

In dem Artikel wird auf Altvordere (Schmidt, Schröder, Vogel) verwiesen - als ob sie das alleinige „Gesetz der SPD“ wären! Was soll die Forderung nach einer neuen Ostpolitik in Anlehnung an die damalige verdienstvolle Initiative Willy Brandts? – Heute wird die Außenpolitik nicht mehr national, sondern innerhalb der 28 Mitgliedstaaten erarbeitet. Dies auch unter Berücksichtigung der Geschichte und Erfahrungen der osteuropäischen Länder. Da mögen „wir“ manches anders bewerten, aber dies völlig auszublenden, wäre falsch, besserwisserisch und arrogant. Und die SPD muss sich schon entscheiden, auf welcher Seite sie steht: an der Seite einer breiten Zivilgesellschaft, die eine Veränderung zu Demokratie, Transparenz und besseren Lebensbedingungen will oder

an der Seite einer überlebten Ideologie. Dies schließt ja nicht aus gegen manchen „Säbelrassler in EU/NATO“ entgegenzutreten.

Günter Gloser, Staatsminister a.D.

.....

Für ein Europa der *Freiheit* – das Erbe Willy Brandts nicht verspielen
Frieden und Freiheit waren die beiden Grundfesten im Denken Willy Brandts. Die Freiheit um des Friedens willen aufzugeben, wäre ihm wohl kaum in den Sinn gekommen.

Auf dem Maidan in Kiew versammelte sich Ende November 2013 eine aktive ukrainische Zivilgesellschaft und keine „Aufständischen“. In der Breite unterstützten die Maidan-Aktivistinnen keinen der ukrainischen Oppositionspolitiker, weder Klitschko, noch Tymoschenko, noch Tjahnybok von der radikalen national-populistischen Swoboda-Partei. Dass auf dem Maidan auch Mitglieder des rechtsradikalen Rechten Sektors aktiv waren, ist unbestritten. Sie sind in ihrer Zahl (ukraineweit einige hundert) keineswegs für den Maidan repräsentativ, ebenso wenig wie NPD nahe Kameradschaften in Sachsen für das gesamte Bundesland stehen.

Wenn sich nun die EU und das Gros ihrer Mitgliedstaaten auf die Seite des Maidan stellen, als die dort versammelten Bürger von Scharfschützen der Regierung Janukowitsch erschossen werden, beschwören die Europäer nicht den Krieg,

sondern stellen sich auf die Seite der Zivilgesellschaft im Kampf gegen ein autoritäres Regime. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim wurde nach einem Referendum in Gegenwart bewaffneter russischer Soldaten und ohne international legitimierte Beobachter durchgeführt und kann daher demokratischen Ansprüchen nicht genügen. Jeder Demokrat sollte das Ergebnis deshalb ernsthaft anzweifeln.

Die Kritik nicht nur deutscher Medien an Putins Politik (Scholz' Vorwurf des „antirussischen Mainstreams“ geht hier fehl) ist angesichts der an Sowjetzeiten erinnernden Propaganda verständlich und angebracht. Es geht hier auch nicht um verzerrte Darstellungen, sondern um bewusste Fälschungen im russischen TV, wo Bilder aus dem Jugoslawien- und dem Syrienkrieg als Bilddokumente aus der Ukraine ausgegeben werden. Zudem unterstützt Russland mit Waffen massiv die Separatisten im Osten der Ukraine und eskaliert hiermit die Situation. Dass demokratische Medien dies aufdecken und darüber berichten, ist ihre Kernaufgabe.

Willy Brandt verstand es stets über den nationalen Tellerrand hinauszublicken. Die Idee der Freiheit hat universellen Charakter und sollte niemandem vorenthalten werden. Dass im heutigen Europa hunderttausende von ukrainischen Bürgern für diese Idee kämpfen, sollte uns Respekt abverlangen und zur Unterstützung ermutigen.

Bastian Sendhardt

Ellenbogen und Einzelkampf in der Schule: „Wir müssen dagegenhalten.“

Gerhard Helgert von der „Gemeinschaft Freie Schulen“ im dsp-Gespräch

■ In Nürnberg gibt es neben den städtischen und staatlichen Schulen auch noch eine ganze Reihe von privaten Schulen. In der Zeitung kann man regelmäßig lesen, dass der Bedarf an Plätzen an solchen Schulen stetig wächst, weil das Interesse der Eltern ihr Kind auf eine private Schule zu schicken zunimmt. Was könnte der Grund für die wachsende Nachfrage sein und worin sehen die freien Schulen ihre Vorteile im Vergleich zur Regelschule? Dieser Frage wollen wir im Gespräch mit Gerhard Helgert von der „Gemeinschaft Freie Schulen“ nachgehen.

dsp: Herr Helgert, wir fallen gleich mit der Tür ins Haus: Was ist der Unterschied zwischen einer städtischen und einer privaten Schule?

Gerhard Helgert: Da muss ich zurückfragen: Was ist eigentlich der Unterschied zwischen staatlichen und städtischen Schulen? Das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen gibt da - außer dass bei den „Kommunalen“ der Dienstherr eine kommunale Körperschaft ist - keine schlüssige Auskunft. Einen echten Unterschied, blicke ich auf die Nürnberger Schullandschaft, erkenne ich nicht. Die privaten Schulen haben gemäß des zitierten Gesetzes die Aufgabe, das öffentliche Schulwesen zu vervollständigen und zu bereichern. Sie dürfen dabei im gesetzlichen Rahmen frei über eine besondere pädagogische, religiöse oder weltanschauliche Prägung entscheiden. Die Existenz privater Schulen wird aus meiner Sicht durch diesen Gesetzesartikel garantiert (Schulwesen erst vollständig durch unsere Schulen) und für notwendig erachtet (Bereicherung offensichtlich notwendig). Ich denke, wir „Freien“ kommen in Nürnberg der gesetzlich vorgegebenen Aufgabe in hohem Maße nach. Ganztagsorganisation, Altersmischung, Inklusion, Öffnung zur Berufswelt sind in den letzten Jahrzehnten durch unsere Schulen maßgeblich forciert worden.

Von der gesetzlich angeregten „Bereicherungspflicht“ profitiert das staatliche Schulwesen in hohem Umfang. Ein Beispiel: Vor einigen Jahren wurde in der lokalen Presse mit großen Lettern verkündet, dass sich nun die erste Ganztagsrealschule in Nürnberg etabliert hat. Dass z.B. mein Arbeitgeber in den letzten 50 Jahren exakt dieses Schulmodell pflegte, blieb unerwähnt.

dsp: Wie viele freie Schulen gibt es bei uns in der Stadt und wie viele Schülerinnen und Schüler besuchen freie Schulen in Nürnberg?



Gerhard Helgert: Laut Bildungsbericht der Stadt Nürnberg gibt es 26 private Schulen, die einen allgemeinbildenden Abschluss vermitteln. Einige Schulträger betreiben mehrere Schulen. Die über das Kultusministerium bzw. die Schulen selbst verfügbaren Zahlen ergeben eine Schülerschaft von derzeit knapp 7400 SchülerInnen, Tendenz leicht steigend.

dsp: Welche Abschlüsse sind an den Nürnberger freien Schulen möglich?

Gerhard Helgert: Ich möchte hier nur die allgemeinbildenden Schulen aufführen. Jeden der an staatlichen und städtischen

Schulen erreichbaren Abschlüsse können die SchülerInnen auch an den freien Schulen ablegen.

dsp: Müssen auch SchülerInnen aus Kapazitätsgründen abgewiesen werden?

Gerhard Helgert: Leider ja. Ich denke, hier gibt es eine Gemeinsamkeit mit städtischen Schulen. Unsere freien Schulen sind oft nur für eine bestimmte Schülerzahl genehmigt, bzw. räumliche und personelle Kapazitäten beschränken die Aufnahme. Hinzu kommt, dass gerade reformpädagogisch ausgerichtete Schulen den intensiven Kontakt zu jedem einzelnen Schüler pflegen wollen und dies ist nur bei überschaubarer Größe möglich.

dsp: Gibt es einen Kontakt und ggf. sogar einen Austausch von Konzepten zu den Regelschulen?

Gerhard Helgert: Für diese Frage bin ich besonders dankbar. Über gemeinsame Fortbildungen, sei es am PI, auf der Bildungskonferenz oder auf Kongressen erleben wir Austausch ohne Berührungsängste. In alle Aktionen der Ministerialbeauftragten zur Verbesserung von Schulqualität sind wir einbezogen, ebenso in städtische Maßnahmen (z.B. „SCHLAU“). Es gibt für uns Hilfen bei Neugründungen - viele Probleme haben wir ja gemeinsam - durch staatliche und städtische Schulen, die wir dankbar annehmen. Umgekehrt kommen z.B. bei Einrichtung ganztägiger Betreuung städtische Kollegen zu uns, um unsere Erfahrungen einzubeziehen. Einige unserer Schulen haben vor Ort Fortbildungen für staatliche und städtische Kollegen abgehalten. Auch Infoveranstaltungen an den Grundschulen werden in Einzelfällen gemeinsam gestaltet.

dsp: Eine Frage zur Finanzierung: Welche Zuschüsse gibt es und wie viel müssen die Eltern bezahlen? Gibt es auch die Möglichkeit der Befreiung von den Kosten?

Gerhard Helgert: Die Höhe der staatlichen Zuschüsse, geregelt im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz, ist stark vom Schultyp abhängig. So ist Bezuschussung der privaten Grundschulen höher als die der Realschulen, Gymnasien und Fachoberschulen. An den Grundschulen können die Schulgelder deshalb niedriger sein. Schulen in kirchlicher Trägerschaft haben ein eigenes Finanzierungsmodell, auch dort sind geringere Elternbeiträge möglich. Bei den weiterführenden Schulen in freier, gemeinnütziger Trägerschaft wie z.B. der Schule, an der ich tätig bin, decken die staatlichen Zuschüsse etwas mehr als die Hälfte der real anfallenden Kosten für Personal, Sachkosten oder Schulbauten. Der Rest ist den Eltern auferlegt, bzw. muss durch Einsparungen reduziert werden. Wir alle haushalten äußerst sparsam. Mehr Personal, mehr individuelle Förderung, mehr Zeit für Kinder fordern allerdings für alle an der Schule Beteiligten ihren Preis. Unsere Schulen haben gestaffelte Beitragssätze bzw. Ermäßigungssysteme bis hin zu Vollstipendien der Schulträger und Fördervereine, die Kindern aus allen Einkommensschichten den Schulbesuch sichern sollen. So ist unsere Elternschaft bunt gemischt. Angestellte, Selbstständige, Stadträte, Frisöre, Krankenschwestern, Studierende - Sie finden sie alle.

Ärgerlich und unlauter für unser Personal und die Eltern wird es, wenn uns von politischer Seite die Erhebung halbwegs kostendeckender Schulgelder vorgeworfen wird und dadurch unsere Existenzberechtigung grundsätzlich angezweifelt wird. Wir würden sehr gern darauf verzichten, können unsere Existenz aber nicht aufs Spiel setzen. Wir sehen in unserer freien Gesellschaft kein Staatsmonopol bei der Schulgestaltung, sondern wie erwähnt gesetzlich verbürgte Pluralität. Dass es anders geht, zeigen mehrere Länder in Europa, wo die Finanzierung unabhängig von der Schulträgerschaft ist. Der staatlichen Schulaufsicht unterliegen wir Privaten übrigens wie staatliche Schulen.

dsp: *Wohin geht nach Ihrer Meinung das Schulwesen der Zukunft? Welchen Herausforderungen müssen wir uns nach Ihrer Einschätzung stellen?*

Gerhard Helgert: Ich sehe panische Ängste von Eltern, dass ihre Kinder durch vermeintlich schlechte Schulbildung ohne Zukunftsperspektive da stehen, verbunden mit horrenden Ausgaben für vermeintliche Nachhilfe, zugleich wenig Zeit und Nerv der Erwachsenen, sich Kindern zu widmen. Schulen, die danach trachten, durch Optimierung so genannter Lern- und Bewertungsmethoden in möglichst kurzer Zeit möglichst alle SchülerInnen auf das gleiche Level zu heben. Ellenbogen und Einzelkampf. Starke Zunahmen der Anzahl von Schülern, die psychisch betreut werden müssen.

Wir müssen dagegenhalten: Exemplarisches, möglichst gemeinschaftliches Lernen und Zeit zur Freude daran, Schulzeit als Lebenszeit anerkennen und nicht nur als Vorbereitungszeit ansehen, Teamfähigkeit, Phantasie und Freude am Neuen, Fremden wecken. Selbstbewusstsein wird nicht durch Auswendiglernen gestärkt, eher durch positive erlebte, erfolgreiche kleine Schritte in Lernprozessen und deren Anerkennung durch Erwachsene. Schule braucht Zeit, Geduld und mehr gut ausgebildetes Personal.

dsp: *Haben Sie als „Gemeinschaft der freien Schulen“ das Gefühl bei Politik und Gesellschaft in Nürnberg angekommen zu sein?*

Gerhard Helgert: Na, zeigt nicht Ihre Interviewanfrage, dass wir angekommen sind? Ernsthaft: Unsere Gemeinschaft Freie Schulen Nürnberg ist schon etwas Besonderes und in Bayern einmalig. So unterschiedlich reformpädagogischen bzw. weltanschaulichen Ausrichtungen auch sind und bleiben, so gern arbeiten wir zusammen. Wir zeigen Kindern, Jugendlichen und Eltern, dass es einen durchlässigen Weg vom Kindergarten bis zum Abitur an unseren Schulen gibt, der sich durch Gemeinsamkeiten wie gegenseitige Wertschätzung, Eigenverantwortung, Teamgeist und Selbstvertrauen auszeichnet. Mittlerweile tauschen wir uns offen und intensiv zu vielen Themen aus, unsere Kollegien haben die regelmäßige Möglichkeit zum gemeinsamen pädagogischen Gespräch. So tragen wir durch unsere Gemeinschaft auch zur positiven Entwicklung an jeder einzelnen Schule

bei. Die Sicht „wir sind einmalig und folglich die Besten“ ist dem „toll, es gibt ja viele Gute“, und damit der Neugier und der Lust auf Austausch gewichen.

Zur Politik pflegen wir regelmäßige Kontakte. Wir stießen von Beginn an auf große Aufgeschlossenheit. Das Feedback zu unseren politischen Veranstaltungen ist sehr positiv. Natürlich hoffen wir, dass die gute Einschätzung der Besucher auch weiter in die Parteien getragen wird. Unsere öffentlichen Aktionen wie Podiumsdiskussion oder Tag der Freien Schulen waren sehr gut besucht. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Ein deutlicher Nachweis, dass wir als Vertreter einer besonderen, geschätzten „freien“ Pädagogik in der Stadt anerkannt sind, steht allerdings aus: Wir würden sehr gern im Bildungsrat unserer Stadt aktiv mitarbeiten und sind selbstbewusst genug zu behaupten, dass dies auch Sinn macht – Sie erinnern sich an die doch eindrucksvollen Schülerzahlen zu Beginn unseres Gesprächs. Ein Sitz im Bildungsrat wäre wirklich angemessen.

dsp: *Gibt es einen Wunsch an die Politik, aber auch an die Gesellschaft den Sie schon lange loswerden wollten?*

Gerhard Helgert: Ich wünsche mir eine wesentlich intensiver betriebene und mit Ressourcen ausgestattete Schulentwicklung unabhängig ob für staatliche, städtische oder private Schulen. Beginnen muss der Prozess in der Lehrerbildung.

dsp: *Zum Schluss noch eine Frage die wir allen unseren Gesprächspartner/innen stellen. Haben Sie in der Stadt einen Lieblingsplatz an dem Sie sich besonders gerne aufhalten und ggf. entspannen können?*

Gerhard Helgert: Da ist zunächst die Geborgenheit des schlichten Altbau-Hinterhofs meiner Mietswohnung in Johannis. Hier in der Abendsonne sitzen, dem Klang der Unterhaltungen über die Balkone hinweg nachgehen ohne alles zu verstehen und dabei den Tag ausklingen lassen, das ist für mich pure Entspannung. Und dann gibt es da noch das eine oder andere Café an der Pegnitz oder in der Fürther Straße.

dsp: *Vielen Dank für das Gespräch!*

Vor erst 20 Jahren verschwand der Paragraf 175

■ Es war ein historischer Tag: Am 11. Juni 1994 verschwand der sogenannte Schwulenparagraf 175 aus dem Gesetz. Der Paragraf hatte schwule Kontakte über viele Jahrzehnte generell unter Strafe gestellt. Es folgten Schritte der Gleichstellung, doch aus Sicht der SPD ist das Ziel noch nicht erreicht: Sie will die Ehe für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften öffnen – und das auch im Adoptionsrecht.

Einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Stärkung der Rechte homosexueller Paare machte der Bundestag vor wenigen Wochen - am 22. Mai 2014 - mit dem Beschluss, dass Schwule und Lesben in eingetragenen Lebenspartnerschaften künftig das bereits adoptierte Kind ihres Partners ebenfalls adoptieren dürfen. Eine solche Entwicklung wollten die Gründer des Deutschen Reichs 1871 unbedingt verhindern und führten den Strafrechtsparagrafen 175. Eine „widernatürliche Unzucht“ zwischen Männern – so die Formulierung im Paragraf – wurde mit bis zu sechs Monaten Gefängnis geahndet.

Systematische Schwulenverfolgung unter den Nazis

Die Nazis verschärfen 1935 den Paragrafen und strichen das Adjektiv „widernatürlich“ und definierten eine vermeintliche „Unzucht“ so, dass schon ein Kuss oder „begehrlicher Blick“ reichen konnte, um Schwule ins Gefängnis zu bringen. Ein zusätzlicher Paragraf 175a bedrohte die Ausnutzung von Zwängen oder auch männliche Prostitution als „schwere Unzucht“ mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren.

Während der systematischen Schwulenverfolgung der Nazis wurden mehr als 100.000 Männer polizeilich erfasst und etwa 50.000 nach Paragraf 175 verurteilt. Zwischen 10.000 und 15.000 Homosexuelle wurden in Konzentrationslagern gequält, Tausende ermordet. Im KZ waren die mit „Rosa Winkel“ mar-

kieren Schwulen in der Rangordnung oft ganz unten.

Zwei deutsche Staaten - zwei Paragrafen

Nach 1945 behielt die Bundesrepublik die NS-Fassung des Paragrafen weitgehend unverändert weiter, während die ebenfalls 1949 gegründete DDR zur alten Fassung zurückkehrte. Straf-



Bild: MattK / pixelio.de

rechtliche Verfolgung gab es also für westdeutsche Schwule bis 1969 weiter: etwa 50.000 Urteile wurden gefällt.

In der DDR konnten Schwule meistens unbehelligter leben, wenn auch die Akzeptanz nicht besonders groß war. Dort verschwand Paragraf 175 bereits 1968 komplett, jegliche strafrechtliche Sonderbehandlung auch im Jugendschutz dann 1988.

Im Zuge des 68er-Reformaufbruchs wurde Homosexualität unter Erwachsenen in der Bundesrepublik 1969 straf-frei. Zunächst gab es noch eine doppelte Schutzaltersgrenze. Täter konnte nur ein Mann über 18, Opfer nur ein Mann

unter 21 Jahren sein - mit zum Teil absurden Auswirkungen. Ende 1973 wurde diese Regelung verworfen und die Straflosigkeit ab 18 eingeführt. Die Formulierung „Unzucht zwischen Männern“ verschwand und wurde zu „Homosexuelle Handlungen“.

Wann kommt die volle Gleichstellung? Der Bundestag hatte nach der Wiedervereinigung 1990 im Zuge der Rechtsangleichung zu entscheiden, ob Paragraf 175 auf die östlichen Bundesländer ausgeweitet werden sollte. In der DDR gab es keine Sondervorschriften für Schwule mehr. 1994, mit Ablauf der Frist für die Angleichung, ließ der Bundestag den Paragrafen wegfallen.

Es hat sich seitdem viel getan. 2001 ist zum Beispiel das „Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft“ in Kraft getreten. Gerichtsurteile glichen die Lebenspartnerschaft in den vergangenen Jahren immer mehr der Ehe an. Doch warten die Opfer bis heute auf Rehabilitation. Ungleichbehandlung gibt es zudem im Adoptionsrecht. Deshalb tritt die SPD dafür ein, die Opfer des Paragrafen 175 zu rehabilitieren und die Ehe - mit allen Rechten - für die gleichgeschlechtlichen Partnerschaften zu öffnen. ■

Terminhinweis

**Die SPD Muggenhof lädt ein:
„84 Jahre Stadtrat
für Nürnberg -
Gebhard Schönfelder und
Jürgen Fischer“**

Dienstag, 8. Juli 2014,
18 Uhr Grillparty,
19 Uhr Vortrag
im Gartenzelt bei Familie Pietruszka,
Veitsbronner Straße 3

SPD RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 143

JULI 2014

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,

ich möchte die neueste Ausgabe unseres Info-Briefes nutzen, um mich Ihnen in meiner neuen Funktion vorzustellen. Ich heiße Katja Strohacker, wohne in Gebersdorf und bin seit Mai neues Mitglied im Vorstand der SPD-Stadtratsfraktion.

Meine Schwerpunkte im Stadtrat sind Personal- und Organisationsfragen sowie die lokale Wirtschaftspolitik. Studiert habe ich Betriebswirtschaft, beruflich war ich bisher als Personalberaterin tätig. Ab Juli übernehme ich beim Privat-Unternehmen „Stadtrevue“ die Position der kaufmännischen Geschäftsführerin. Als berufstätige Frau und zweifache Mutter liegen mir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehr am Herzen. Ich finde, es ist

Zeit neue Betreuungsformen und –Angebote voranzutreiben. Dafür will ich mich im Stadtrat einsetzen. Woran ich zudem mitwirken will, ist Nürnberg zu einer Stadt zu machen, in der noch stärker als bisher benachteiligten Personen Ausbildungs- und Arbeitsplätze angeboten werden – und ich will, dass in Nürnberg Führungspositionen ausgewogen mit Frauen und Männern besetzt werden.

Mit herzlichen Grüßen



Katja Strohacker
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende



KOOPERATION IM RATHAUS – VEREINBARUNG FÜR NÜRNBERGS ZUKUNFT



Ausbau der Kinderbetreuung, Ausbau des Bus- und Bahnangebotes, Beschlüsse für den Frankenschnellweg, Entscheidungen für Schulneubauten - in den vergangenen Jahren wurde in der Stadt viel bewegt. Getragen wurde dies von einer breiten Zustimmung im Stadtrat und einer vertraglichen Kooperation zwischen SPD und CSU.

Um zu verabreden, wie es in der Stadt weiter gehen sollte, nahmen wir nach der Kommunalwahl mit CSU und Grünen Gespräche für die neue Ratsperiode auf. Dabei ging es nicht um die Besetzung von Posten (die Bürgermeister wurden bereits am 2. Mai vom Stadtrat gewählt). Es ging in erster Linie um die politischen Inhalte für die nächsten Jahre. Die eingangs genannten Themen spielten dabei wieder

eine große Rolle. Und wie bei diesen Fragen, gab es bei vielen weiteren Punkten auffallend viele Überschneidungen zwischen allen drei Fraktionen. Ein Bündnis aus drei Partnern lag also auf der Hand. Doch sowohl CSU als auch Grüne schlossen dies



kategorisch aus und stellten uns vor die Wahl, einen Partner auszusuchen. Die SPD hat sich dann am Ende eines langen Abwägungsprozesses für die CSU entschieden. Nicht als Herzensentscheidung, aber als pragmatische

Antwort auf die Frage, mit wem wir unsere Inhalte glauben besser umsetzen zu können.

Die ausgehandelte Kooperationsvereinbarung enthält alle wesentlichen Anliegen unseres Wahlprogramms.

Von der Bildungs-, über die Sozialpolitik bis zur Verkehrspolitik. Für mehr Wohnbau wurde ein spezielles Verfahren vereinbart und für die Preise im öffentlichen Nahverkehr eine Überprüfung zur Senkung der Abo-Karten verabredet. Das politische Handeln wird an der Lebensqualität der Menschen, einer solidarischen Stadtgesellschaft und einer Politik im Dialog ausgerichtet. Wir werden nun die Ärmel hochkrepeln und mit inhaltlicher Arbeit im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Stadtpolitik gestalten, die weiterhin spürt und macht, was Nürnberg bewegt.

Weitere Informationen: Dr. Anja Pröhl-Kammerer; spd@stadt.nuernberg.de



DURCHBINDUNG DER GRÄFENBERGBAHN ZUR RANGAUBAHN



Kann die Gräfenbergbahn mit der Rangaubahn verbunden werden? Derzeit endet die Fahrt von Gräfenberg nach Nürnberg am Nordostbahnhof. Wer von Cadolzburg mit der Rangaubahn in unsere Stadt fahren will, muss bereits am Fürther Hauptbahnhof umsteigen, da diese Linie nicht weiter reicht. Zwischen dem Fürther Hauptbahnhof und dem Nürnberger Nordostbahnhof existieren aber noch die Gleise der ehemaligen Ringbahn. Eine Verknüpfung beider Bahnlinien ist also durchaus vorstellbar.

Die Idee hierfür kam auf, als in Nürnberg die Untersuchungen für den Nahverkehrsentwicklungsplan liefen. Die Verbindung von Gräfen-

berg- und Rangaubahn wurde dabei als potenzielle Bereicherung und Ergänzung für das Schienennetz in der Region erkannt. Auch auf Nürnber-



ger Stadtgebiet würde eine zusätzliche West-Ost-Verbindung sicherlich Vorteile schaffen. Wir möchten deshalb, dass die Verkehrsplaner die Idee auf ihre Machbarkeit, den Nutzen und Finanzierbarkeit überprüfen. Für den Verkehrsausschuss

des Nürnberger Stadtrates haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt.

Allerdings sind wir erst am Anfang der Überlegungen. Zudem ist uns der Dialog mit den Bürgern wichtig, möglicherweise steht eine stärkere Nutzung der Trasse auch Anliegerinteressen gerade im Bezug auf Lärmschutz entgegen. Wir möchten deshalb gerne über die wichtigsten Eckpunkte Transparenz schaffen, um dann einen Grundsatzbeschluss für oder vielleicht auch gegen das Projekt treffen zu können. Interessant ist der Gedanke einer derartigen Ost-Verbindung für uns aber allemal. Deshalb wollen wir eine detaillierte Untersuchung, um vernünftig entscheiden zu können.

Weitere Informationen: Thorsten Brehm; spd@stadt.nuernberg.de



DROGENABHÄNGIGEN BESSER HELFEN



Keine andere Stadt in Deutschland verzeichnet so viele Drogentote pro Einwohner wie Nürnberg. Aktuelle Zahlen der Bundesdrogenbeauftragten und des Bundeskriminalamtes zeigen, dass in Nürnberg auf 100.000 Einwohner 6,1 Drogentote kommen. Damit liegt unsere Stadt vor Köln (4,1), Frankfurt (3,9), Hamburg (3,6) und München (3,0). Den Ursachen hierfür wollen wir auf den Grund gehen. Deshalb haben wir einen Antrag zum Drogenkonsum für den Gesundheitsausschuss des Stadtrates gestellt.

Zwar können wir aus dem Rathaus auf ein vielschichtiges Problem wie Drogenkonsum natürlich nur mittelbar einwirken, dennoch wollen wir genau hinsehen, wo wir Präventions- und Substitutionsangebote anpassen und verändern können.

Die traurige Spitzenreiterposition bewegt uns tief. Wir wollen daher alle Möglichkeiten in Betracht ziehen. Also werden wir die Fachleute auch fragen, ob ein Drogenkonsumraum Todesfälle hätte verhindern können.

Für die Todesfälle von Drogenabhängigen sind in Nürnberg überwiegend Heroin und andere Opiate verantwortlich.

Dies wirft die Frage auf, ob die Nachfrage und die vorhandenen Angebote zum Ausstieg und zur Substitution nicht zu weit auseinanderklaffen und ob nicht mehr Substitutionsplätze wegfallen als neue hinzukommen. Wir haben daher beantragt, unter Hinzuziehung von Fachleuten darzulegen, wie die aktuelle Situation der Substitutionsplätze ist.

Besorgt stimmt uns auch der steigende Konsum der Droge „Crystal Meth“. Die Zahl der Konsumenten stieg um sieben Prozent im Vergleich zum Vorjahr an. Das Methamphetamin, führt bei den Konsumenten zu erheblichen körperlichen und psychischen Schäden. Auch hier muss geklärt werden, ob die vorhandenen Hilfen für Abhängige noch geeignet sind.

Wir fragen: Wie müssen adäquate Präventions- und Behandlungsangebote für Abhängige von „neuen Drogen“ (wie zum Beispiel Crystal Meth) aussehen und weiterentwickelt werden? Mit den Antworten auf unsere Fragen wollen wir die vorhandenen Hilfen, die von der Stadt beeinflusst werden können, wirksamer gestalten.

Weitere Informationen: Sonja Bauer, sozialpolitische Sprecherin; bauer.sonja@web.de



SPD-KONZEPT „STADT AM FLUSS“ NIMMT GESTALT AN



Nürnberg rückt noch „näher“ an die Pegnitz heran: Am 22. Mai gab der Stadtplanungsausschuss mit großer Mehrheit seine Zustimmung für einen Ufer-Umbau an der Insel Schütt gegenüber des Cinecitta. Doch schon seit 2012 arbeitet die SPD-Fraktion zusammen mit der Stadtverwaltung an der Umsetzung des Konzeptes „Stadt am Fluss“.

Ziel ist, das Flussufer der Pegnitz – vor allem im Herzen der Nürnberger Altstadt – aufzuwerten und für die Nürnbergerinnen und Nürnberger besser „erlebbar“ zu machen. Der gedanklichen und planerischen Vorarbeit werden im Herbst dieses Jahres Taten folgen. Zwischen Katharinenwehr und Agnesbrücke wird nach ei-



nem intensiven Dialog zwischen den Fachplanungsstellen, Bürgervereinen, Anwohnern und SPD-Stadträten das Flussufer umgestaltet.

des auf dem Programm. Obendrein wird eine Ufertreppe gebaut, eine Plattform ausgestaltet, das Gelände unter dem Cinecitta-Steg abgesenkt und es werden Sitzbänke errichtet. Der zweite Bauabschnitt wendet sich schließlich dem westlichen Uferabschnitt zu. Die Finanzierung des Projekts in Höhe von 350.000 Euro wird aus dem Bund-Länder-Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“



Zu Beginn steht die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Pegnitz-Ufer auf dem östlichen Teil des Geländes.

bezuschusst. Eine gute Investition für mehr Lebensqualität in Nürnberg – einer „Stadt am Fluss“.



Weitere Informationen: *Christine Kayser; kayser@innenarchitektur-kayser.de*

PSYCHISCHE GESUNDHEIT VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



Aus Erhebungen der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) und des Statistischen Bundesamtes geht hervor, dass 2012 bundesweit insgesamt 12567 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bis 19 Jahre mit Depression stationär behandelt werden mussten. 2004 waren es noch 4176. In Nürnberg erhöhte sich die Anzahl der Betroffenen von sieben auf 56 Fälle im Zeitraum zwischen 2000 und 2012.

Trauriger Spitzenreiter unter den vielen psychischen Krankheitsbildern ist die Depression. Sie tritt oft gepaart mit Angstzuständen und gestörtem Sozialverhalten auf. Wie die Gesellschaft für Kinder- und Ju-

gendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie feststellte, ist in den letzten zehn Jahren ferner ein deutlicher Anstieg von selbstverletzendem Verhalten, gedrückter Stimmung, Selbstzweifeln und Suizidgefährdung feststellbar.

Eine eindeutige Erklärung für den kontinuierlichen Anstieg gibt es nicht. Unter den „Experten“ herrscht darüber Uneinigkeit. Hinter den gestiegenen Fallzahlen stehen verschiedene Ursachen und Probleme und ebenso komplex ist daher auch die Entwicklung von geeigneten Lösungsansätzen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellte deshalb den Antrag, in einem ge-

meinsamen Jugendhilfe-, Schul- und Gesundheitsausschuss über die konkrete Situation in Nürnberg zu berichten und die Gründung eines Bündnisses für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu initiieren. Letzteres könnte, etwa nach dem Vorbild des Bündnisses gegen Depression, eine vertiefte Zusammenarbeit und Vernetzung der Beratungs- und Hilfsangebote für die betroffenen Familien bereitstellen.

Auch sollten die bereits existierenden Zusammenschlüsse (z.B. Bündnis gegen Depression und ADHS-Netzwerk) miteinander in Verbindung gebracht werden.



Weitere Informationen: *Anita Wojciechowski und Claudia Arabackyj; spd@stadt.nuernberg.de*

STRASSENBAU-BeITRAGSSATZUNG WEITER NÖTIG

Im April behandelte der Werkausschuss Servicebetrieb Öffentlicher Raum (SÖR) einen Antrag zur Aufhebung der Straßenausbau-Beitragssatzung. Dies veranlasste die Verwaltung zur folgenden Stellungnahme: „Die Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Nürnberg beruht auf dem Bayerischen Kommunalabgabengesetz (KAG). Dort ist in Art. 5 Abs. 1 Satz 3 bestimmt, dass von Kommunen für die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen oder beschränkt-öffentlichen Wegen Straßenausbaubeiträge erhoben werden sollen.“

Nach herrschender Meinung in Rechtsprechung und Literatur hat der Begriff „sollen“ verbindlichen Charakter und verpflichtet die Gemeinden grundsätzlich zur Beitragserhebung.

Ausbaumaßnahmen dürfen demnach nur in Ausnahmefällen aus allgemeinen Deckungsmitteln (Steuereinnahmen, Zuweisungen) finanziert werden.

Ein solcher Ausnahmefall wäre beispielsweise dann gegeben, wenn die Kommune über eine herausragende Finanzlage verfügen würde, die es rechtfertigen könnte, von einer Beitragserhebung abzusehen. Die Finanzlage Nürnbergs erlaubt aber leider keinen Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen. Eine Recherche ergab, dass in allen bayerischen Großstädten (über 100.000 Einwohner) entsprechende Straßenausbau-Beitragssatzungen erlassen wurden und meist schon seit Jahrzehnten in Kraft sind. Inhaltlich gibt

es weder bei Art und Umfang des abrechnungsfähigen Aufwands noch bei der Höhe des Anteils, den die Anlieger zahlen müssen, größere Abweichungen gegenüber der in Nürnberg geltenden Satzung.

Aus diesen Gründen lehnte der Werkausschuss SÖR die Aufhebung der Straßenausbausatzung einstimmig ab. In der Vereinbarung zwischen SPD und CSU für die neue Ratsperiode wurde aber eine Überprüfung der bestehenden Regularien verankert. Damit sollen eventuelle Ungerechtigkeiten aufgedeckt werden. Beide Parteien haben sich aber dazu bekannt, dass die Einnahmen für die Stadt generell unverzichtbar sind.

Weitere Informationen: Lorenz Gradl, Tel. 231-2906; Fax. 231-3895; lorenz.gradl@stadt.nuernberg.de



SPLITTER AUS DEN STADTTEILEN

GIBITZENHOF: Die SPD-Fraktion beantragte, die Chancen des Programms „Soziale Stadt“ zu nutzen und ein neues Stadterneuerungsgebiet Gibitzenhof einzurichten. Dabei sollen die vorbereitenden Untersuchungen aus dem Jahre 2003 aktualisiert und insbesondere die Bereiche Soziales, Kultur, Grün- und Freiraum, Wohnen und Wohnumfeld präzisiert werden.

NÜRNBERG: Die SPD-Fraktion beantragte nach dem Vorbild der Landeshauptstadt München ein Konzept zur verzahnten Ausbildung für schwerbehinderte Menschen zu entwickeln.

LAUFAMHOLZ/REHHOF: Auf Antrag der SPD-Fraktion wird überprüft, welche Möglichkeiten es gibt, dass die Bewohner des Zaunwiesenwegs diesen weiterhin zum Be- und Entladen benutzen können.

LANGWASSER: Es soll ein Sanierungskonzept gemeinsam mit der Immobilienverwaltung der DB AG für den Deportationsort „Bahnhof Märzfeld“ entwickelt werden, um das Bauwerk als Unterführung nutzbar zu erhalten und eine bessere Erschließung und Einbettung in den Lernort Reichsparteitagsgelände überlegt werden.

GEBERSDORF: Die künftige Nutzung der ehemaligen Bibertbahntrasse in Gebersdorf als mögliche Rad- und Wegeverbindung wurde seitens der SPD-Fraktion angeregt.

ALMOSHOF/THON: Auf Anregung der SPD-Fraktion soll ergänzend zu anderen erforderlichen Nutzungen der jetzigen Endhaltestelle Thon, die Errichtung eines Stadtteilplatzes, der auch für einen regelmäßigen Bauernmarkt geeignet ist, geprüft werden.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE: Fachtagung Migration und Gesundheit +++ Freisprechungsfeier der Kfz-Innung Mittelfranken +++ 150-jähriges Jubiläum von Stempel-Müller GmbH & Co KG +++ Arbeitsgemeinschaft der Gartenbaulehrer/innen +++ 120 Jahre Bahnhofmission +++ Tag der offenen Tür im Knoblauchsland +++ Gründungsfest des 1. FCN +++ VdK Begegnungsnachmittag +++ Botschafter aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Slowenien und Serbien +++ Weltrotkreuztag +++ Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. +++ Schlüsselübergabe BRK-Kinderhaus +++ Kindertagesstätte St. Kunigund +++

Aus dem „Arbeitskreis Migration“ wurde die Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“

VON DIANA LIBEROVA

■ Das Sitzungszimmer im Karl-Bröger Zentrum war fast überfüllt. 30 interessierte Genossinnen und Genossen folgten der Einladung der früheren Arbeitskreiskoordinatorin Gabriele Penzkofer-Röhl und kamen zu der Gründungsveranstaltung, die am 28.05. stattfand. Aus dem bereits seit über 15 Jahren existierenden „Arbeitskreis Migration“ in Nürnberg wurde die Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“. In ihrer Begrüßungsrede betonte die Bundestagsabgeordnete Gabriela Heinrich, dass aus ihrer Sicht die Arbeitsgemeinschaft zwei sehr wichtige Aufgaben hat – die Interkulturelle Öffnung der Partei auf allen Ebenen und die politische Vordenkarbeit auf dem Gebiet der Integration. Nach dem kurzen Austausch über die zukünftigen Ziele und Themen sowie den Vorstellungsrunden, wurde Claudia Karambatsos, mit großer Mehrheit zur ersten Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft gewählt. Sie erklärte: „Ich freue mich auf die neue Herausforderung und werde als erstes den Kontakt zu den vielen Zuwandererinstitutionen suchen. So kön-

nen wir in Nürnberg zeigen, dass die SPD die Partei für die gesamte Gesellschaft – auch für unsere MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund in unserer Stadt ist“.

Zu ihren Stellvertretern wurden Aynur Kir, Dionysia Vlachou und Akin Aktas gewählt. Dr. Abdoulaye Diallo, Esin Citlak, Bernd Arnold, Nailya Dzhafarova und Angel Klimkarov unterstützen zukünftig als Beisitzer die Arbeit des Vorstandes.

Abschließend rief Arif Tasdelen – Landtagsabgeordneter und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft auf der Landesebene – den neu gewählten Vorstand und weitere Mitglieder der neuen Arbeitsgemeinschaft zur aktiven Mitarbeit, unter anderem bei der Ausgestaltung des neuen Integrationsgesetzes auf.

Diana Liberova sagte, als Integrationspolitische Sprecherin der Stadtratsfrak-



tion, ihre stetige Unterstützung zu und dass sie immer ein offenes Ohr für die Anliegen der Arbeitsgemeinschaft haben werde.

Im Namen des Vorstandes der Nürnberg SPD wünschen wir der neuen Arbeitsgemeinschaft viele gute Ideen und natürlich auch ein glückliches politisches Händchen beim Umsetzen dieser Ideen. ■



BAYERN
LANDTAGS
FRAKTION

Einladung

POLITISCHES SONNTAGS FRÜHSTÜCK



20. Juli 2014 10:30 - 12:00 Uhr
Gast: Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, sowie Landesvorsitzender der Bayern SPD
Gutmann am Dutzendteich - Bayernstraße 150 - 90478 Nürnberg

CSU: 1,3 Millionen Euro für die Verwandtschaft

VON HELGA SCHMITT-BUSSINGER

■ Ministerpräsident Seehofer hatte Mitte vergangenen Jahres erklärt, dass die Beträge der Verwandtschaftsanstellung für die Zeit der Regierungszugehörigkeit vollständig zurückgezahlt wurden. Das stimmt nicht. Aus Seehofers ‚vollständig‘ wurde jetzt ‚geringstmöglich‘, – und das auch nur für die Jahre 2008 bis 2013. Nicht nur, dass es den Tetzelschen Ablasshandel schon seit 450 Jahren nicht mehr gibt – die betroffenen Kabinettsmitglieder haben jetzt die billigste Variante gewählt, davonzukommen und nur die Nettobeträge der letzten Jahre zurückgezahlt. 1,3 Millionen Euro an Steuergeldern für ihre Familienmitglieder stehen nur 126.627 Euro Rückzahlungen gegenüber.

Auch der Bayerische Verfassungsgerichtshof sieht bereits in seinem Entscheidung vom 22. Mai, „...auch soweit nach Rückerstattungen gewährter Zahlungen gefragt wurde..“ einen „Zusammenhang mit der persönlichen Einstellung des jeweiligen Kabinettsmitglieds zum Umgang mit öffentlichen Mitteln“. „Hinzu kommt“, so die Verfassungsrichter weiter, „dass aus dem Verhalten im Zusammenhang mit den Regeln zur Beschäftigung von Familienangehörigen Rückschlüsse auf die persönliche Einstellung zum Umgang mit öffentlichen Mitteln gezogen werden können; dies hat auch Auswirkungen auf die Eignung für das Regierungsamt.“

Politische Verantwortung lässt sich aber nicht mit 126.000 Euro Teilrückzahlung aufwiegen. Der Schaden für die politisch-demokratische Kultur, für das Ansehen der Politik und für die Reputation bayerischer Landespolitik ist nicht mit Geldbeträgen zu bemessen. Die Würde des Freistaats Bayern muss mehr wert sein als das Feilschen von Regierungsmitgliedern, wie man möglichst billig aus der Nummer wieder rauskommt.

Politisch zu verurteilen ist insbesondere, dass drei Kabinettsmitglieder im letzten Moment - vor der entsprechenden gesetzlichen Regelung im Jahr 2000 - noch ihre Frauen eingestellt haben, bevor es verboten wurde. Wenn ein anstehendes klares Nein des Gesetzgebungsorgans von einzelnen Vertretern des Gesetzgebers unterlaufen wird, um die eigene Familienkasse

erachtet wird, wie die hierüber entbrannte öffentliche Diskussion zeigt. Dies wäre beispielsweise der Fall, wenn angesichts der bevorstehenden Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 8. Dezember 2000, durch die die Erstattungsfähigkeit von Aufwendungen von Beschäftigung von Familienangehörigen eingeschränkt wurde, noch neue Beschäftigungsver-

**1,3 Millionen Euro
Steuergelder
für die eigenen Ehefrauen.**

**130.000 Euro
zurückgezahlt.**

**Familien-
Förderung
auf CSU-Regierungs-Art.**



Quelle: by-studio / fotolia.com

aufzubessern, ist dies zu missbilligen. Wenn Abgeordnete Schlupflöcher bei Gesetzen im Lastminute-Insiderverfahren missbrauchen offenbart dies, dass sie für politische Spitzenämter ungeeignet sind.

Hier spricht das Verfassungsgericht bereits am 22. Mai von Aufschluss gebenden Informationen, „ob geltende Vorschriften in einer Weise in Anspruch genommen wurden, die zwar nicht als gesetzeswidrig zu bewerten ist, aber gleichwohl von der Allgemeinheit im Hinblick auf Regierungsämter innehabende Politiker als unangemessen

hältnisse begründet wurden, um in den Genuss der Übergangsregelung des Änderungsgesetzes zu gelangen“, so die Verfassungsrichter. Eine komplizierte Umschreibung für: So etwas als Regierungsmitglied zu tun, ist unanständig!

Es hätte ihm zwar nicht bedurft, aber dieser Fall zeigt erneut, wie selbstherrlich die CSU sich in Bayern gebärdet: Mir san mir und uns kann keiner. Selbstherrlichkeit und dazu noch schlechte Politik wie bei den Themen Energiewende oder Gymnasium schaden Bayern. Die Verantwortung trägt die CSU. ■

Was steckt drin im Rentenpaket?

Lebensleistung besser anerkennen!

VON MARTIN BURKERT

■ Am 1. Juli tritt das Rentenpaket in Kraft. Dies nahmen Gabriela Heinrich und ich zum Anlass, zum rentenpolitischen Frühschoppen ins Gutmanns am Dutzendeich einzuladen. Als Referent konnten wir unseren unterfränkischen Abgeordneten-Kollegen Bernd Rützel, Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, gewinnen. Für eine lebhaft Diskussion sorgten unsere Podiums-

sind, durch einen zusätzlichen Rentenpunkt mehr Anerkennung für die Kindererziehung bekommen. Auch die SPD forderte im Wahlprogramm die Mütterrente, allerdings steuerfinanziert“, betonte Rützel.

Drittens wurde die Erwerbsminderungsrente verbessert, indem der Zurechnungszeitraum von 60 auf 62 Jahre erhöht wird. Die sog. Günstigerprüfung nimmt die letzten vier Berufsjahre aus, sofern diese den Rentenanspruch mindern.

Last but not least wird das Reha-Budget um 100 Mio. Euro aufgestockt, was eine deutliche Erhöhung bedeutet und zu einer Verbesserung des

Angebots der medizinischen und beruflichen Rehabilitation für gesetzlich Versicherte führt.

Das Rentenpaket: Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

So lautete die übereinstimmende Meinung aller Gäste auf dem Podium und im Publikum, auch wenn damit noch nicht alle Herausforderungen gelöst werden. Jürgen Göppner (ver.di) sprach hier v. a. das sinkende Rentenniveau und die damit verbundene Altersarmut an, die besonders Frauen betrifft. Günther Schweiger (VdK) kritisierte die Finanzierung der Mütterrente aus der Rentenversicherung und forderte Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente für Schwerbehinderte. Anita Häfner (KJR) mahnte an, dass vermehrte Praktika vor Berufseintritt das Erreichen von 45 Beitragsjahren erschweren. „Das Rentenpaket trägt die Handschrift der SPD und sorgt für mehr soziale Gerechtigkeit! Alle weiteren Aufgaben werden wir in diesem Sinne anpacken!“, so Gabriela Heinrich in ihrem Schlusswort. ■



v.l.n.r. Jürgen Göppner, Martin Burkert, Gabriela Heinrich, Anita Häfner, Günther Schweiger

teilnehmer Jürgen Göppner von ver.di, Anita Häfner vom Kreisjugendring, Günther Schweiger vom VdK sowie ca. 100 Gäste im Publikum.

Eingangs stellte Bernd Rützel die vier Säulen des Rentenpaketes vor: Rente mit 63, Mütterrente, Verbesserung der Erwerbsminderungsrente und Aufstockung des Reha-Budgets. „Die Rente mit 63 balanciert das Sozialsystem wieder aus“, so Rützel. Alle, die 45 Jahre Beiträge eingezahlt haben, können ab 1. Juli 2014 mit 63 abschlagsfrei in Rente gehen. Bis 2029 wird das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre angehoben. Kurze Zeiten von Arbeitslosigkeit fließen in die Berechnung der 45 Beitragsjahre ein. Um Frühverrentungen zu vermeiden, werden die letzten zwei Jahre vor Renteneintritt nicht berücksichtigt. Das Renteneintrittsalter wird flexibler gestaltet: „Wer länger arbeiten will, soll dies auch dürfen“.

Die Mütterrente bildet die zweite Säule. „Ich freue mich, dass Mütter und Väter, deren Kinder vor 1992 geboren

Die Kolumne

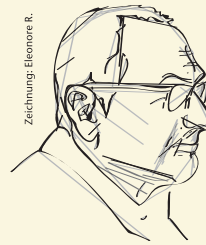
VON PETER SCHMITT

Es ist jetzt schon eine ganze Weile her, da flochten sich die Menschen Blüten ins lange Haar und lauschten endlosen Balladen über den bösen Krieg der Amerikaner in Vietnam. Schließlich fassten sich alle bei den Händen und bildeten einen Kreis. Man liebte gemeinsam den Frieden und fand einander ganz toll. Das ist natürlich längst vorbei und wird bestimmt nie mehr wieder so sein. Zumal die Amis seither nur noch gute Kriege machen.

Nein, alles kommt wieder. Es fing schon im Spätherbst an. Mit einem Mal sah man Angela und Sigmar, wie sie Händchen haltend vor die Berliner Fernsehkameras traten. Andrea und Alexander (der mit der Dr.-Mabuse-Brille und dem Klapperschlangelächeln) taten es ihnen gleich.

Und jetzt in Nürnberg – neue Traumpaare auch hier. Uli und Markus S. sind sich eins, dass es nur eine politische Ehe geben kann und die lautet Rot-Schwarz. Auch Christian und Sebastian B. haben allen Streit und Hader der vergangenen sechs Jahre beiseite geschoben.

Draußen bleiben müssen nur die Grünen. Keiner will sie an den Händen fassen, kein Platz im Kreis derer am Tisch der Macht. Dabei sind sie doch die Enkel(innen) der Blumenkinder von einst. So gnadenlos ist Realpolitik.



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
Verantwortlich: Rüdiger Löster
Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Präuß, dsp@spd-nuernberg.de
Redaktionsanschrift:
der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

02.07.2014 - 19:00 Uhr
Arbeitsgemeinschaft für
Bildung: Aktiventreffen
Karl-Bröger-Zentrum, Karl-
Bröger-Str. 9

04.07.2014 - 18:00 Uhr
SPD Gebersdorf/Großreuth:
Großreuther Kirchweih
Tisch der SPD Gebersdorf/
Großreuth mit Ihrem/unserem
Landtagsabgeordneten Stefan Schuster
und Ihrer/unserer Stadträtin Katja
Strohacker, im Festzelt in Großreuth
b. Schweinau, Alte Wallensteinstraße

05.07.2014 - 14:00 Uhr
SPD Gebersdorf/Großreuth:
Gebersdorfer Stadtteilfest
Bürgertreff Gebersdorf,
Neumühlweg 2

05.07.2014 - 15:00 Uhr
SPD-Reichelsdorf-Mühlhof:
Sommerfest
Platz vor dem Reichelsdorfer
Bahnhof

06.07.2014 - 10:00 Uhr
SPD Nordostbahnhof:
Stadtteilfest
LUX – Jugend Kirche Nürnberg
Leipzigerstr. 25

07.07.2014 - 19:30 Uhr
SPD Hasenbuck:
Rote Runde
Gasthof Süd, Ingolstädter
Straße 51

08.07.2014 - 19:30 Uhr
Johannis: Aktiventreffen

Der Mindestlohn kommt!

Der Bundestag hat im Juni in erster Lesung die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beraten. Der Mindestlohn ist ein Meilenstein in der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ab dem 1. Juni 2015 wird es auch in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn geben wie in der überwiegenden Mehrzahl unserer europäischen Nachbarländer.

Die SPD setzt ein zentrales Wahlversprechen um:

Mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro werden zum Zeitpunkt der Einführung rund vier Millionen Menschen bessere Einkommens- und Lebensbedingungen bekommen.

Der Mindestlohn wird einheitlich in ganz Deutschland gelten.

Die repräsentativen Tarifparteien erhalten Gelegenheit, branchenspezifisch tarifvertragliche Übergänge zu organisieren.

Der Einstieg in den gesetzlichen Mindestlohn fällt im europäischen Vergleich moderat aus. In den Niederlanden liegt der Mindestlohn mit 9,11 Euro und in Frankreich mit 9,53 Euro deutlich höher. Eine aktuelle Statistik des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) zeigt, dass durch die geplante Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes schon jetzt Bewegung in den Niedriglohnsektor gekommen ist. In vielen Branchen, die für Niedriglöhne bekannt waren, sind branchenspezifische Mindestlöhne vereinbart worden. Mit Stufenanpassungen werden dort innerhalb der nächsten zwei Jahre 8,50 Euro oder höhere Mindestlöhne erreicht, beispielsweise im Frisörgewerbe und in der Fleischindustrie. Die bereits in 14 Branchen bestehenden tariflich vereinbarten Branchenmindestlöhne sind im Auftrag der Bundesregierung evaluiert worden. Im Ergebnis sind keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung in diesen Branchen festgestellt worden. Auch international ist keine Studie bekannt, die negative Beschäftigungseffekte eines Mindestlohnes belegen würde.

Wir stärken die Tarifautonomie.

Neben der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes sorgen wir auch dafür, dass wieder mehr Menschen von guten Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren können. Beschäftigte in einem tarifgebundenen Betrieb haben bessere Arbeitsbedingungen. Wir verbessern deshalb die Möglichkeiten, Tarifverträge allgemein verbindlich zu erklären. Damit wollen wir der Entwicklung entgegenwirken, dass immer mehr Beschäftigte in tariffreien Bereichen arbeiten müssen. Tariffucht darf sich nicht lohnen. Die SPD stärkt also unser bewährtes Tarif-



Bild: Parteivorstand

vertragssystem, das wesentlicher Bestandteil unserer sozialen Marktwirtschaft ist.

Die SPD steht für eine gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt.

Die SPD ist die Partei der Arbeit.

(Zum Thema Mindestlohn bei Praktika: siehe Artikel auf S. 12) ■

Die Karl-Bröger-Gesellschaft informiert:

Die Reihe „Reisen in die Gegenwart“ steht dieses Jahr unter dem Motto „Die Erkundung der Oberpfalz“:

**27.9.2014 Fahrt zum Kloster Plankstetten - Berching - Deusmaurer Moor
Abfahrt 8 Uhr am Hauptbahnhof
Südausgang, Kosten 25,-
Es sind noch Plätze frei!**

Nähere Informationen auf der Website der Karl-Bröger-Gesellschaft:
www.karl-broeger-gesellschaft.de
info@karl-broeger-gesellschaft.de

Jusos auf Rock im Park

■ Rock im Park ist eines der Highlights im Juso-Kalender. Seit über zehn Jahren sind die Nürnberger Jusos bei dieser Großveranstal-



ter dem Banner „Kein Sex mit Nazis“ haben wir unzählige Broschüren und Aufkleber an interessierte Besucher verteilen können und waren begeistert über die positive Resonanz zu diesem Thema. Das Wetter hat es auch gut mit uns gemeint, bei über 30 Grad im Schatten und strahlendem Sonnenschein. Da kam die Sonnenschutzlotion als Give-Away besonders gut an mit dem Hinweis „Nicht rot werden – rot wählen“.

Nach den vielen guten Gesprächen werden sich bestimmt viele Besucher an diese Erfahrung mit von der Partie und machen mit unserem legendären Infostand Metallica & Co ordentlich Konkurrenz!

POLITISCHES ENGAGEMENT MACHT SPAß! Das haben viele tausende Konzertbesucher sehen können, als sie wenige Meter nach dem Haupteingang an der Steintribüne an unserem Juso-Stand vorbeiliefen. Bunte Banner, gute Musik und beste Laune rund um den SPD Pavillon – klar, dass viele auf uns zugekommen sind, um das Gespräch zu suchen.



Vor allem wollten wir mit unserem Stand in diesem Jahr ein Zeichen gegen rechte Tendenzen innerhalb der Gesellschaft setzen. Un-

fehlung halten! Für den reibungslosen Ablauf bei Vor- und Nachbereitung sowie während der vier Tage des Festivals bedanken wir uns sehr herzlich bei allen Beteiligten. ■

Diskussionsveranstaltung

Moderne Sklaverei

**Zwangsprostitution und kriminelle Arbeitsausbeutung im 21. Jahrhundert
Politische, rechtliche und gesellschaftliche Gegenstrategien**

Mittwoch, den 23. Juli 2014 um 19.00 Uhr Karl-Bröger-Zentrum

Auf dem Podium:

- Gabriela Heinrich, MdB, stv. menschenrechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
- Dr. Eva Högl, MdB, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
- Sabine Weimert, jadwiGa Fachberatungsstelle
- Heike Krämer, Kriminalhauptkommissarin Polizeipräsidium Mittelfranken

Sie sind herzlich eingeladen, mit zu diskutieren!

Termine

08.07.2014 - 19:30 Uhr

SPD-Gostenhof:

Ortsvereinstreff

Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6

08.07.2014 - 19:30 Uhr

SPD – Fischbach:

Mitgliedertreff

Gaststätte TSV Altenfurt, Wohlaue Str. 16

08.07.2014 - 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Ortsvereinstreffen

BÜNO - Bürgertreff Nordostbahnhof/Leipziger Str. 20

10.07.2014 - 19:00 Uhr

SPD-Gartenstadt:

Aktivensitzung

Gesellschaftshaus Gartenstadt, Buchenschlag 1

12.07.2014 - 19:00 Uhr

SPD-Gartenstadt:

Stadtteilstoff

Wiese, Karl-Rorich-Straße, 90469 Nürnberg

17.07.2014 - 17:00 Uhr

AfA SPD Nürnberg: Sitzung

mit Martin Burkert (MdB); SPD Sitzungszimmer, Karl-Bröger-Straße 9

17.07.2014 - 20:00 Uhr

SPD Altstadt:

Mitgliederversammlung



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

19.07.2014

SPD Eibach-Röthenbach:
Stadtteilfest

22.07.2014 - 14:00Uhr

SPD Nürnberg AG 60plus:
Treffen
Sitzungszimmer (Hof) des
Karl-Bröger-Zentrums, Karl-
Bröger-Straße 9

23.07.2014 - 19:30 Uhr

SPD Hummelstein:
Aktiventreff
Wirtshaus Galvani,
Galvanistraße 10

25.07.2014 - 17:00 Uhr

SPD Gostenhof /SPD Johan-
nis /SPD Muggenhof/ Jusos
Nürnberg: Sommergrillen
Am Pegnitzgrund unter der
Theodor-Heuss-Brücke

27.07.2014 - 11:00 Uhr

SPD-Gostenhof:
Frühschoppen
Offener Stammtisch der
SPD-Gostenhof, Schanzen-
bräu Schankwirtschaft,
Adam-Klein-Str. 27

29.07.2014 - 19:30 Uhr

SPD-Schweinau - St. Leon-
hard: Ferienstammtisch
Sarajevo (Hinterzimmer
oder Garten), Schwaba-
cherstr. 53

Mindestlohn bei Praktika: Händedruck reicht nicht zum Lebensunterhalt

VON MARTIN RABANUS, MdB

■ Nach dem Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Andrea Nahles gilt für alle freiwilligen Praktika, die länger als sechs Wochen dauern, der Mindestlohn von 8,50 Euro. Schul-

Arbeit. Dies muss auch für Studierende gelten, die ein freiwilliges Praktikum von mehr als sechs Wochen Dauer absolvieren. Ein Arbeitszeugnis und ein dankender Händedruck reichen nicht aus, um einen Lebensunterhalt zu bestreiten – insbesondere weil Vollzeit-



Bild: Konstantin Gastmann / pixelio.de

Praktika keine Zeit zum Jobben übrig lassen. Darüber hinaus leisten Praktikantinnen und Praktikanten qualitativ hochwertige Arbeit, die vom Arbeitnehmer auch entsprechend gewürdigt werden muss.

Die gängige Praxis Berufseinstiege über Praktika möglich zu machen, ist dabei grundsätzlich fragwürdig. Berufsan-

und Pflichtpraktika im Rahmen einer Schul-, Ausbildungs- oder Studienordnung sind davon ausgenommen. Aus der Wirtschaft regt sich Widerstand gegen diese Regelung, da dies dazu führen würde, dass Unternehmen – insbesondere nach Studienabschluss und als Einstieg in das Berufsleben – keine Praktika mehr anböten. Diese Argumentation verleiht Arbeit keinen angemessenen Wert und steht im Widerspruch zur tatsächlich bestehenden Praxis ‚Generation Praktikum‘. „Der flächendeckende Mindestlohn in Deutschland sichert eine angemessene Wertschätzung von

fängerinnen und Berufsanfänger leisten gute Arbeit, trotz einer Einarbeitungsphase, die jeder Arbeitnehmerin und jedem Arbeitnehmer zusteht. Faire Entlohnung ist zu jedem Zeitpunkt der Karriere gerechtfertigt. Gute Arbeitsbedingungen und Löhne motivieren zu guten Leistungen und erhöhen die Bindung an ein Unternehmen.

Die Wirtschaft sollte ihren Widerstand aufgeben, denn der Mindestlohn ist für jede und jeden gut und gerechtfertigt – auch für Studierende und Berufseinsteiger.“ ■

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang August 2014!